Deutscher Bundestag **Drucksache 14/4774**

14. Wahlperiode 27. 11. 2000

Änderungsantrag

der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS

zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4506, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen,

im Einzelplan 06 das Kapitel 06 35 „Bundeszentrale für politische Bildung“ um folgende Titelgruppe 02 zu erweitern:

„Wissenschaftliche Erforschung verschiedener politischer Strömungen der ‚Neuen Rechten‘, neuheidnischer und kultischer Gruppierungen des Rechtsextremismus sowie Erforschung der politischen Durchdringung der Traditionsverbände der Wehrmacht, der Vertriebenenverbände und studentischer Verbindungen durch Rechtsextremisten und Einsatz dieser Ergebnisse in der politischen Aufklärungsarbeit“.

Hierfür werden 50 Mio. DM eingesetzt.

Berlin, den 27. November 2000

Petra Pau
Ulla Jelpke
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Über bestimmte, sogar entscheidende und einflussreiche Strömungen des bundesdeutschen Rechtsextremismus klärt das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht auf. So gibt es beispielsweise über die Strömung der „Neuen Rechten“, deren politische Ausrichtung, ihr Organisationsgeflecht und ihre Theorieorgane so gut wie kein behördliches Wissen.

Dies trifft auch auf neuheidnische und kultische Gruppierungen des Rechtsextremismus sowie auf die rechtsextreme Durchsetzung der Vertriebenenverbände, der Traditionsverbände der Wehrmacht und der studentischen Verbindungen zu.

Um diese Lücke in der Aufklärung über den Neofaschismus zu schließen, wird die Bundeszentrale für politische Bildung beauftragt, Forschungsvorhaben zu diesen Themenkomplexen zu vergeben und die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Studien für die Bildungsarbeit in angemessener Form aufzuarbeiten.

Es kann nicht hingenommen werden, dass beispielsweise über die rechtsextreme Durchdringung der Vertriebenenverbände keine Aufklärungsarbeit durch staatliche Stellen betrieben wird. Damit besteht die Gefahr, dass Eltern ihre Kinder ahnungslos in rechtsextrem durchsetzte Jugendorganisationen der Vertriebenenverbände gehen lassen. Diese Gefahr ist umso größer, da durch die staatliche politische und finanzielle Unterstützung der Vertriebenenverbände der Eindruck politischer Zuverlässigkeit und Korrektheit vermittelt wird.

Es kann ebenfalls nicht hingenommen werden, dass z. B. Wehrpflichtige in Unkenntnis über die rechtsextreme Durchdringung von Traditionsverbänden der Hitler-Wehrmacht gelassen werden; dies umso mehr, da bis heute offizielle Kontakte zwischen der Bundeswehr und dem Reservistenverband der Bundeswehr einerseits und den Traditionsverbänden der Hitler-Wehrmacht andererseits bestehen. Soldaten werden so in verantwortungsloser Weise in Kontakt mit Verbänden gebracht, die die Verbrechen des Hitler-Faschismus leugnen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333